

Unmut und Forderungen aus Chur Richtung Bern

Die Kommunikation des Bundesrats erntet bei den Bündner Behörden seit Wochen wenig Begeisterung. Ein weiteres Kapitel dieser Geschichte ist der bundesrätliche Aufruf nach mehr Tests.

von Hans Peter Putzi

Eine Rückblende: Bundesrat Alain Berset zeigte sich noch am 4. Dezember nicht wirklich begeistert von der damaligen Ankündigung der Bündner Regierung, die Coronatests massiv auszubauen. Ob Berset sich nun nicht mehr um sein Geschwätz von gestern kümmern will oder klüger wurde, bleibt unklar. Fakt ist jedoch: Seit Mittwoch ist fast alles anders. Berset hat seine neue Teststrategie zur Bekämpfung des Coronavirus präsentiert: flächendeckende Massentests. Wieder einmal schiesst er verdeckt einen Pfeil Richtung Kantone, die für die Tests zuständig sind: Überall müsse mehr getestet werden, liess Berset die Schweiz wissen.

Freude beim Kanton

Wurde Berset durch die Test-Erfolgsmeldungen, vor allem aus Graubünden, eines Besseren belehrt? So wollte sich am Donnerstag Martin Bühler, Chef des kantonalen Führungsstabes, auf Anfrage nicht äussern. Stattdessen sagte er politisch korrekt: «Wir sind erfreut, dass man anerkennt, dass unsere Konzepte wirken.» Der Bund habe die Erkenntnisse aus Graubünden in die neuen eigenen Bestimmungen einfließen lassen. Offenbar ignorierte Berset zuvor wochenlang jene Stimmen, die im Bundesamt für Gesundheit (BAG) flächendeckende Tests propagierten. Wie aus der Bündner Verwaltung zu hören ist, hat die skeptische Haltung des Gesundheitsministers trotz guter Zusammenarbeit mit der BAG-Fachebene die Umsetzung der hiesigen Teststrategie erschwert. Bühler sagte dazu auf Nachfrage nur, der Kanton sei froh, dass Bund und Kantone jetzt gleicher Meinung seien.

Forderungen an den Bund?

Freude zeigt Bühler über die seit Mittwoch bekannte «Finanzierungsunterstützung des Bundes» für die Massentests. Bisher hat die Regierung für die Impf- und Teststrategie aus eigener Kasse 25 Millionen Franken budgetiert. Wird sie jetzt einen Teil vom Bund zurückfordern, nachdem der Bundesrat den Bündner Weg nachträglich als richtigen anerkennt? «Die



Situationsbericht: Martin Bühler und Marina Jamnicki äussern sich zur Pandemiebekämpfung.

Bild Philipp Baer

Kriterien schauen wir nun miteinander an», so Bühler. Was aus diesen Worten herausgefiltert werden darf: Die Bündner Regierung erwartet, dass sich der Bund jetzt an den Kosten für die Bündner Testserie beteiligt.

Impfstoff fehlt weiter

Weiter informierte Kantonsärztin Marina Jamnicki über den Stand der

Covid-Impfungen. Dafür haben sich schon über 13 000 Bündnerinnen und Bündner angemeldet. Der Impfstoff sei gut angeliefert in Graubünden, so Jamnicki. Worauf sie sogleich relativierte, «zumindest dort, wo er im Einflussbereich des Kantons steht». Nicht im Einflussbereich des Kantons zu finden, ist die Lieferung des Impfstoffes. Und dort hapert es seit Tagen. Der

Bund kritisiert zwar die Kantone, weil diese zu langsam impfen würden. Gleichzeitig ist er weiterhin nicht in der Lage, die benötigte Anzahl Impfdosen zu liefern. So sind laut Jamnicki einzelne der neun Bündner Impfzentren, die am Montag den Betrieb aufgenommen haben, bereits wieder zum Nichtstun verknurrt. Es fehlt der Impfstoff. «Ich bin mir bewusst, es läuft ein bisschen harzig», sagte sie dazu. Entsprechend bitte sie um Geduld bei den angemeldeten Impfwilligen.

Situation in Spitälern entspannt sich

Trotz der Sorgen wegen des mutierten Coronavirus berichtete Kantonsärztin Marina Jamnicki auch von guten Neuigkeiten:

Die täglichen Fallzahlen pendeln sich in Graubünden derzeit bei rund 60 ein. Anfang Januar seien es noch über 100 gewesen, so Jamnicki.

Aktive Fälle meldete der Kanton bis und mit Mittwoch 436. Als Höchststand wurden Mitte Dezember 937 registriert. Mit dem langsamen, aber kontinuierlichen Rückgang entspannt sich auch die Situation in den Bündner Spitälern. **Wurden Mitte November noch 87 wegen des Virus Hospitalisierte registriert, sind es derzeit zwischen 25 und 30.** (hape)

Arosener Tests heute und morgen

Die Flächentests in Arosa werden heute Freitag von 10 bis 20 Uhr und morgen Samstag von 8 bis 19 Uhr in der **Turnhalle des Schulhauses** durchgeführt. Mitzunehmen ist die Krankenkassenkarte. Martin Bühler, Chef des kantonalen Führungsstabes, verspricht sich viel davon und verweist auf den Erfolg in St. Moritz: «Die Nachttests haben dort eine Positivitätsrate von nur noch 0,65 Prozent ergeben.» Vorliegen sollen die **Resultate bis Sonntagabend.** In der Folge wird die weitere Kommunikation festgelegt: Sollten die Fallzahlen hoch sein, ist davon auszugehen, dass auch ein Aufruf zum kurzfristigen Verzicht einer Ferienreise nach Arosa zur Debatte steht. (hape)

Claudio Lardi «übernimmt» in Roveredo

Die Bündner Regierung hat beschlossen, für die Gemeinde Roveredo erneut einen Regierungskommissär einzusetzen: den früheren Regierungsrat Claudio Lardi.



In der Gemeinde Roveredo gibt es seit Jahren institutionelle Schwierigkeiten. So setzte die Regierung bereits im Januar

2013 einen Regierungskommissär ein. Auch wenn es danach bis vergangenes Jahr keine Tatbestände gab, die ein formelles aufsichtsrechtliches Einschreiten der Regierung notwendig machten, so war «die Arbeit innerhalb der Behörden von politischen und persönlichen Auseinandersetzungen geprägt», wie die Bündner Regierung am Donnerstag mitteilte. Die belastete Situation im Nachgang zu den Vorstandswahlen für die Amtsperiode 2019 bis 2022 veranlasste die Regierung, für die Zeit von Juli bis Ende September 2020 eine Regierungskommissarin einzusetzen. Diese Aufgabe übernahm Nationalrätin Anna Giacometti.

Erneute Eskalation im Vorstand

Die jüngsten Entwicklungen zeigten, dass die Gemeinde Roveredo noch nicht zu geordneten und stabilen Verhältnissen zurückgefunden hat, schreibt die Regierung weiter. «Die verschiedenen Eingaben an den Kanton offenbaren, dass eine Zusammenarbeit in der momentanen Zusammensetzung des Vorstands nicht möglich ist oder zumindest ausserordentlich erschwert ist.» Insbesondere das Verhältnis zwischen den Vorstandsmitgliedern und dem Gemeindepräsidenten sei schwer zerrüttet.

Die Regierung ist darum zum Schluss gelangt, dass vorderhand der erneute Einsatz eines Regierungskommissärs angezeigt ist. Sie setzt den 75-jährigen alt Regierungsrat Claudio Lardi ein. Lardis Auftrag gilt bis zum Ende der Legislaturperiode 2019 bis 2022. Der Regierungskommissär übernimmt die formellen Aufgaben und Funktionen des Gemeindepräsidenten und leitet die Gemeindeverwaltung. Die gewählten Mitglieder des Vorstands bleiben im Amt und behalten ihr Stimmrecht. (red)

Nach einjähriger Verzögerung soll gebaut werden

Die Rhätische Bahn und die Gemeinde Klosters können mit ihrem Gemeinschaftsprojekt zum Umbau des Bahnhofs Dorf beginnen.

von Béla Zier

Auf diesen Entscheid haben die Klosterser Gemeindebehörde und die Rhätische Bahn (RhB) gewartet. Die Bündner Regierung informierte am Donnerstag darüber, dass sie die Teilrevision der Ortsplanung «Bahnhof Klosters Dorf» genehmigt hat. Dieses Planungsmittel war im September vom Klosterser Stimmvolk genehmigt worden, konnte aber erst durch den regierungsrätlichen Beschluss in Kraft treten. Damit ist nun die grundlegende Voraussetzung dafür geschaffen, dass der Um- und Ausbau der Bahnstation an die Hand genommen werden kann.

Einsprachen gegen Projekte

Der Bahnhofsumbau Dorf ist ein auf Engste verzahntes Gemeinschaftsprojekt von RhB und Gemeinde Klosters.



Umfangreiche Neugestaltung: So soll sich die Bahnhofsanlage von Klosters Dorf nach dem Umbau präsentieren.

Visualisierung Gemeinde Klosters

Mit den ersten Bauarbeiten hätte bereits im vergangenen Jahr gestartet werden sollen. Dazu kam es jedoch nicht, weil sowohl gegen das Baugesuch der RhB, als auch gegen jenes der Kommune Einsprachen erhoben wurden. Das hatte für die Gemeinde Klosters zur Konsequenz, dass eine Volksabstimmung durchgeführt werden musste, was darin mündete, dass gemeinsam mit der RhB entschieden wurde, die für 2020 geplanten Arbeiten abzusagen und zu verschieben.

Start zur Strassenunterführung

Der von der RhB geplante Bahnhofsumbau ist nötig, um wie andernorts in Graubünden die Vorgaben des Behindertengleichstellungsgesetzes zu erfüllen. Zudem muss die Infrastruktur der Bahnstation an den Einsatz der «Capricorn»-Flügeltriebzüge angepasst

werden. Gemäss Christian Florin, RhB-Leiter Infrastruktur, sind noch zwei Einsprachen gegen das Projekt hängig. Er gehe davon aus, dass diese bis Frühling bereinigt seien und man im zweiten Quartal 2021 mit den ersten Arbeiten beginnen könne.

Das RhB-Projekt bringt es mit sich, dass zwei Schrankenübergänge beim Bahnhof aufgehoben werden müssen. Diese werden durch eine Strassenunterführung ersetzt, welcher der Klosterser Souverän 2019 zugestimmt hat. Das entsprechende Baugesuch hatte die Gemeinde im vergangenen Jahr infolge der Einsprachen sistiert. Laut dem Klosterser Gemeindefreiber wird bis Februar mit Erteilung der Baubewilligung gerechnet, damit man im März mit dem Bau der Unterführung starten könnte. Diese soll bis Oktober 2021 fertiggestellt sein.